



Niederschrift

17. Plenarsitzung des Gemeinderates
25. November 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 17 der Tagesordnung: Planung und Absichtserklärung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren „Rheinhafen-Dampfkraftwerk, Block 9, Fettweisstraße 60, Rheinhafen“ (VbB RDK9)

Vorlage: 2025/0750

Punkt 17.1 der Tagesordnung: Planung und Absichtserklärung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren „Rheinhafen-Dampfkraftwerk, Block 9, Fettweisstraße 60, Rheinhafen“ (VbB RDK9):

RDK9 muss klimaneutral betrieben werden

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2025/0750/1

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens um das „Rheinhafen-Dampfkraftwerk, Block 9, Fettweisstraße 60, Rheinhafen“ (VbB RDK9).
2. Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung zum Abschluss der als Anlage beigefügten Absichtserklärung (Letter of Intent/Lol) zwischen der Stadt Karlsruhe und der Vorhabenträgerin. Die Verwaltung nimmt darauf aufbauend die Verhandlungen mit der Vorhabenträgerin zu den notwendigen städtebaulichen Verträgen im Bebauungsplanverfahren auf.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (32 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen)

Der Vorsitzende setzt um 17:15 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss am 13. November 2025:

Herr Stadtrat Dr. Cremer hat sich als befangen erklärt und kurze Einführung in das Thema durch Herrn Bürgermeister Fluhrer.

Bürgermeister Fluhrer (powerpoint-unterstützt): Ich darf Sie noch in der Schnelle und Kürze mit hineinnehmen in den aktuellen Verhandlungsstand. Wir sind beauftragt, gemeinsam mit der EnBW einen Letter of Intent zu diskutieren, zu besprechen. Der liegt Ihnen auch vor. Der Letter of Intent ist eine Absichtserklärung, der sinngemäß den Rahmen des städtebaulichen Vertrages und des Durchführungsvertrages beinhalten soll, also sozusagen sinngemäß die wesentlichen Punkte, die zu klären sind. Und dieser Letter of Intent beinhaltet auch schon die grundsätzlichen Positionen. Insofern können Sie hier auch schon erkennen, wie die Ausrichtung dann der Verhandlung sein wird.

Ich nehme Sie mit hinein in die Punkte. Es fängt an, das ist jetzt chronologisch, wie dieser Vertrag aufgebaut wird. Das ist jetzt nicht ganz vielleicht der wichtigste Punkt, aber nicht unwichtig, nämlich die Frage von Gestaltung, Bauphase und Ausgleich. Da geht es zum einen darum, dass in der Phase der Errichtung dieses Kraftwerks sowohl die ganze Baustelleneinrichtung, Logistik, auch die Verkehre möglichst wenig die Umgebung belastet. Da gibt es Grünflächen, Ausgleichs- und Retentionsflächen, die natürlich geschützt bleiben sollen. Auch der Ausgleich und die Ersatzflächen, die bei einer weiteren Versiegelung planungsrechtlich, naturschutzrechtlich anstehen, sollen möglichst auf dem Gelände ausgeglichen werden. Da gibt es auch Optionen. Und wir haben auch vereinbart, dass wir suchen, soweit es bei einer Gestaltung eines Kraftwerks auch sinnig und möglich ist, die PV-Anlagen auf Dachstrukturen oder auch die Fassadenbegrünung, zumindest im unteren Bereich, auch gestalterisch zu optimieren und zu untersuchen. Dazu ist uns wichtig, und das wird für Sie auch wichtig sein, dass dieser Kraftwerksturm auch eine Landmark im Sinne einer Gestaltung wird und nicht einfach nur ein technisches Bauwerk, dass man da auch sich gestalterisch bemüht.

Wichtig ist natürlich der Betrieb des RDK9, also dieses Kraftwerktypes eines Gas- und Turbinenkraftwerkes, zum einen, und das wird besonders wichtig sein, die Frage der Schadstoffemissionsklasse. Und da steht 2030 ein Wechsel, eine Verschärfung durch die EU-Regulatorik an. Das heißt, die ganzen Schadstoffe, NOx-Stoffe, sind deutlich abgesenkt. Und das Kraftwerk soll, auch wenn es davor errichtet wird, selbstverständlich diesen dann zukünftigen Emissionsklasse entsprechen. Dazu steht auch die EnBW.

Wir haben gleichzeitig auch vereinbart, dass wir Optimierungspotenziale in der Frage der Betriebsoptimierung untersuchen lassen und auch die Frage der Lieferverträge und der Vorkettenemissionen gemeinsam besprechen. Da komme ich auch gleich dazu. Zum einen ist vielleicht noch einmal wichtig zu betonen, das RDK9 ist ein Ersatz des aktuellen Steinkohlekraftwerks, auch wenn das Karlsruher Kraftwerk die technologische Speerspitze weltweit der Kohleverarbeitung ist oder Kohle in Energieumwandlung darstellt. Dann würde dieses neue Kraftwerk tatsächlich im Vergleich minus 55 Prozent CO₂ reduzieren, allein wenn man von Steinkohle auf die Gasverstromung umstellt. Sie wissen, dass dieses Kraftwerk nicht nur mit Gas betrieben werden soll, sondern es eigentlich nur eine Zwischenstufe sein soll, sondern es ist eigentlich ein wasserstofffähiges und zukünftig auch voll wasserstoffbetriebsfähiges Kraftwerk. Also die Intention und sozusagen alle Schritte Richtung Wasserstoff können quasi faktisch auch bis zu 100 Prozent Neutralität in der Emissionsbilanz darstellen.

Dazu ist dieses Rheinhafen-Dampfkraftwerk hocheffizient. Das ist eine Kombination zwischen Gaskraftwerk und Dampfturbinenanlage. Das heißt, es gibt die Möglichkeit nicht nur Gas zu Strom umzuwandeln, sondern auch die dann anfallende Wärme durch diese hohen

Temperaturen abzuführen. Eine Kraft-Wärme-Kopplung nennt sich das, sodass dieser Kraftwerkstyp etwa 850 Megawatt Strom liefern könnte und 220 Megawatt Wärme. Und es entspricht etwa auch dem RDK8, heute mit Steinkohle. Da haben wir etwa, dass Sie es im Vergleich sehen, 912 Megawatt Strom und 220 Megawatt Wärme. Aber, und das ist nicht unwichtig, wenn Sie so ein Kohlekraftwerk haben, das kann man sich vorstellen, also ich mache es mal ein bisschen salopp und bildlich, wenn man da Kohle reinschippert, bis das richtig hochläuft und warm wird, dann dauert das. Also diese Anfahr- und Abkühlzeiten sind natürlich eine ganz andere Qualität als ein Gaskraftwerk, wo man sinngemäß Gas reinschickt und es innerhalb von Minuten auf Volllast fahren kann oder zumindest auf hohe Lastkopplungen. Das heißt, Sie können sehr schnell dieses Kraftwerk an-, zuschalten und abschalten, was wichtig ist, wenn Sie sich so einen volatiler Strommarkt vorstellen, wo viele regenerative Energien, Solar, Wind einspeisen und Sie dann ein Kraftwerk haben, um diese Volatilität auch zu puffern.

Jetzt gibt es diese grundsätzliche Diskussion, wie viele Betriebsstunden soll dieses Kraftwerk betrieben werden, und die Fraktion der GRÜNEN hat noch einmal auch einen Ergänzungsantrag gestellt, der sinngemäß sagt, diese Mittellastplanung, die hier im Moment dahinter liegt, soll auf eine Spitzenlast reduziert werden. Da muss man dazu sagen, das ist nicht ganz trivial in der Verhandlung, weil ein Spitzenlastkraftwerk eine ganz andere Technik hätte. Also wenn Sie ein Spitzenlastkraftwerk für nur ganz geringe Zeiten anfahren würden, dann würden Sie nicht diese Kraft-Wärme-Kupplung mit einer aufwendigen Technik implementieren, sondern wäre das faktisch ein reines Gaskraftwerk, das dann nur schnell an- und abschaltbar für Strom wäre. Das ist natürlich günstiger im Bau, aber es hat einen ganz anderen Wirkungsgrad. Diese Kraftwerke, die sozusagen nur Gas- schnell an- und abschaltbar sind, ich sage es sehr vereinfacht, ich bin kein Gaskraftwerkspezialist, aber so als Laie, die haben etwa einen 40-prozentigen Wirkungsgrad. Dieses Kraftwerk hätte einen 60-prozentigen Wirkungsgrad, weil man faktisch die Abwärme auch sinngemäß nutzt und die dann auch eingespeist wird. Im Übrigen, wenn diese Abwärme natürlich von 100 Prozent regenerativen Quellen kommt, dann auch eine Fernwärmeeinspeisung für uns in Karlsruhe CO₂-neutral wäre.

Jetzt ist natürlich spannend der Einsatz von Wasserstoff. Da sind wir uns relativ auch einig mit dem Antrag der GRÜNEN, das verbindlich zu regeln. Wir haben im Moment vereinbart, dass es eine Verpflichtung für die EnBW gäbe, zum 01.01.2035 diesen Wasserstoff, einmal vorausgesetzt, der ist dann auch mit einer Pipeline im Hafen vor Ort und auch in der Menge verfügbar auch einzusetzen, und die EnBW würde sich dann auch verpflichten, wenn dieser Wasserstoff nicht 100 Prozent aus regenerativen Energien gewonnen ist, Sie können auch aus Gas wieder Wasserstoff erzeugen, also wenn das sozusagen blauer Wasserstoff wäre, diesen dann zusätzlichen Emissionsfaktor, diese CO₂-Bilanz auszugleichen. Das heißt damit diese Scope 1 und Scope 2, wie es sich fachlich nennt, Auswirkungen, die emissionsrechtlich zu bewerten sind, die sozusagen nicht regenerativ sind, sondern über Verbrennung von nicht-regenerativen Energieträgern erfolgt, dann zu kompensieren.

Das ist übrigens auch passend mit der Strategie des Unternehmens. Die EnBW hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu werden. Das heißt, selbst wenn wir bis dato noch im Gasmodus wären, müsste die EnBW in eigener Verpflichtung diese Gas-Scope-for-Ketten-Bilanz ausgleichen. Und wir wären bis 2040 in unserer Strategie klimaneutral. Das passt aus unserer Sicht auch zusammen. Die Details würden wir natürlich auch noch einmal mitnehmen und gucken, was wir nachschärfen können.

Was uns auch wichtig wäre, und das ist auch eine strategische Frage für Karlsruhe, wenn der Wasserstoff dann beispielsweise auf dem Gelände der EnBW an dem Hafen mit der Pipeline ankommt, dann wollten wir unbedingt, und die EnBW hat auch zugesagt, dass weitere Anwender auf diesen Wasserstoff auch zugreifen könnten, denn dann hätte man wirklich einen Standortvorteil. Wenn Sie es hier noch einmal auf der Karte anschauen, dann ist sozusagen alles, was den Rhein runtergeht, Karlsruhe faktisch der letzte Knotenpunkt. Das heißt, wenn wir dieses Kraftwerk nicht bekommen würden, dann ist natürlich schon die Frage, ob wir an unserem Standort auch eine Wasserstoffleitung bekommen, also für uns ein ganz wichtiges strategisches Element, auch ganz klar für die Region und für die Zukunftsfähigkeit dieser Region. Im Übrigen vielleicht noch eine Fußnote, dieses Hightech-Kraftwerk wäre auch, jetzt hätte ich fast gesagt, schwarzmarktfähig, aber da weiß ich nicht, ob das der richtige Begriff ist, schwarzmarktfähig natürlich nicht, sondern schwarzstartfähig. Das heißt, wenn Sie ein Blackout hätten, dann könnte dieses Kraftwerk völlig ohne umgebende Unterstützungsmaßnahmen auch wieder starten. Auch so etwas kann im Prinzip einen Standortvorteil für die Region darstellen, wenn wir sozusagen bei einem Blackout, man will es ja nicht hoffen, aber dann auch sozusagen eine lokale Versorgung hätten.

Dann ist die Frage natürlich, was passiert mit allem, was schon da ist. Wir würden, und das ist gemeinsame Absicht, dann das aktuelle Steinkohlekraftwerk zurück in die Stilllegung geben. Das heißt, die EnBW würde sich verpflichten, diese Stilllegung auch zu beantragen. Das kann sie nicht selbst, sondern das muss sie sozusagen mit den regulierenden Stellen abstimmen. Und dann würde vermutlich dieses dann stillgelegte Kraftwerk in eine Netzreserve gehen, so wie es aktuell bei RDK7 auch der Fall ist. Aber dieses würde man dann empfehlen zur dauerhaften Stilllegung vorzusehen, und hier sehen Sie es noch einmal auf der Übersicht. Das heißt, im Moment haben wir den hellblauen Punkt RDK8 im Betrieb, Steinkohle, Netzreserve des RDK 4S und des RDK7, und die würden dann sozusagen immer eine Tranche zurückgestuft, das heißt abschalten komplett der auf ihrer Seite linken Kraftwerksblöcke RDK8 dann in die Reserve und das neue RDK9 dann faktisch für die Spitzenlasten und Mittellasten dann vorzusehen.

Dann gibt es noch die Vereinbarung, dass wir im Zuge dieser Planung auch das ganze Areal betrachten. Da gibt es auch einzelne, dann auch stillgelegte Kraftwerksblöcke, die zurückgebaut, entsiegelt und sozusagen natürlich überformt werden sollen. Im Übrigen ist der Kühlturm, wenn ich es richtig sehe, von RDK8 im Übrigen auch dann für RDK9 zu nutzen. Also hier nutzt man auch bestehende Substanz. Wir diskutieren auch über eine Radwegeverbindung, Freiraumverbund, der angrenzend an das Kraftwerk dann wäre und ein Thema, was wir schon gesagt haben, auch, dass Karlsruhe gerne auf die Wärmeerzeugung auch potenziell zugreifen würde.

Natürlich gibt es dann auch Vertragsstrafen, wenn man sich an diesem Vertrag nicht hält, aber das müsste selbstverständlich sein. Das vielleicht so mal auf die Schnelle, das Thema, wir sehen also, dass sozusagen beim Antrag der GRÜNEN wir einigermaßen im Zielkorridor sind, bis auf diese Grundlastthematik, sozusagen Grundausrichtung des Kraftwerks und würden aber gerne alles, was Sie uns mitgeben, einfach noch einmal als Verhandlungsmandat mitgeben, denn wir glauben, dass wir ganz ernsthaft gerungen haben, auch einen relativ guten Kompromiss hinbekommen haben, aber wir versuchen gerne auch mal eine

Schippe draufzulegen. Da kann man nur nicht sozusagen sicher sein, dass das auch was wird, weil wir glauben, wir haben schon recht gut verhandelt für Karlsruhe.

Sie sehen hier noch einmal an dem Plan, es müsste relativ schnell auch weitergehen dann mit dem städtebaulichen Vertrag. Das heißt, wir würden in Kürze dann mit weiteren Schritten auf Sie zukommen, denn im Jahr 2026, also Mitte nächsten Jahres wird es ja vermutlich dann auch um die Frage gehen, ob die EnBW so ein Konstrukt hat, dass sie sich dann um diesen Kraftwerkstandort bewerben kann. Denn, und das ist vielleicht als letzter Satz, dieser Standort steht in Konkurrenz zu bundesweiten weiteren Standorten. Dann ist immer so die Frage, werten wir es als Chance oder als Risiko. Ich würde Ihnen persönlich sehr empfehlen, es als Chance zu nutzen, denn alle Risikofelder würden wir gemeinsam minimieren, und die Chancen für Karlsruhe und die Region würden wir in den Vordergrund stellen.

Stadträtin Dr. Klingert (GRÜNE): Es ist klar, flexible Gaskraftwerke wie das RDK9 werden mit dem Fortschreiten der Energiewende gebraucht, um die schwankende Stromerzeugung von Sonne und Wind auszugleichen. Wie erläutert, soll das RDK9 ab Mitte der 30er Jahre mit Wasserstoff betrieben werden und schwarzstartfähig sein, das ist schon mal gut. Aber heute geht es weniger um das Ob, sondern um das Wie mit dem städtebaulichen Vertrag. Und das ist auch sehr wichtig, denn die Welt bewegt sich rasant auf plus 2,8 Grad Erderwärmung zu. Das ist eine Welt, in der wir nicht leben möchten und auch nicht unsere Kinder und Enkel. Für uns hier in Karlsruhe hieße das zum Beispiel deutlich höhere Lebensmittelpreise, mehr Hitzetote, steigende Kosten durch Überschwemmungen bei Starkregenereignissen und entsprechende wirtschaftliche Folgeschäden.

Deshalb ist es wichtig, RDK9 so zu betreiben, dass es seiner Aufgabe gerecht wird, einerseits einen Ausgleich zwischen den Schwankungen von Sonne und Wind zu liefern, auf der anderen Seite aber so klimaneutral wie möglich betrieben zu werden, also so wenig Treibhausgasemissionen wie möglich auszustoßen. Deshalb hatten wir oder haben wir GRÜNEN vier Forderungen, die in die Zielsetzungen für die Verhandlungen zum städtebaulichen Vertrag eingearbeitet werden sollen. Die Stellungnahme der Verwaltung empfiehlt jetzt, diese Forderungen als erledigt zu betrachten, sie seien im Zielkorridor. Wir sehen das nicht so und bitten deshalb um Abstimmung, und zwar aus folgenden Gründen:

- Wir fordern, dass das Kraftwerk tatsächlich nur in der Spitzenlast läuft und nicht im Normalbetrieb, und zwar vor allem, solange es noch mit Erdgas betrieben wird. Wenn es eine andere Technik braucht, dann soll das eben so sein, und das ist im Entwurf des Lol nicht enthalten.
- Wir fordern eine Kompensation der Emissionen von Beginn an. Das heißt, die EnBW muss zumindest irgendwo an anderer Stelle dafür sorgen, dass Emissionen reduziert werden, zum Beispiel durch einen Wald. Das ist im Entwurf des Lol erst ab 2035 vorgesehen, wenn die schlimmste Zeit mit dem Erdgas schon vorbei ist. Das ist also auch nicht erledigt.
- Die Gaslieferverträge wollen wir so gestalten, dass die Vorkettenemissionen minimiert werden, also die, die geschehen, bevor das Gas zum Kraftwerk kommt. Das ist im Lol adressiert, aber zu vage.
- Und last but not least, den Zeitpunkt für den Umstieg von Erdgas auf Wasserstoff verbindlich festlegen, auch das ist im Lol adressiert, aber auch das zu vage und zu stark an die Preisparität zum Erdgas geknüpft.

Es ist uns bewusst, dass diese Forderungen für das ENBW eine betriebswirtschaftliche Herausforderung bedeuten. Auch deshalb sind diese Forderungen als Ziele für die Verhandlungen über den städtebaulichen Vertrag zu verstehen, die zu einem gemeinsamen Vertrag zwischen der Stadt Karlsruhe und der ENBW führen sollen. Wir bitten hiermit um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag für mehr Klimaschutz beim Betrieb des RDK9.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die Kollegin hat zum Ausdruck gebracht, dass man Dinge einfach nur beschließen muss, um sie dann auch gesichert umsetzen zu können. Derartige Politik ist seit ein paar Jahren versucht worden, aber nicht gelungen. Wir brauchen realitätsnahe Überlegungen, und da muss ich sagen, hat die EnBW auch im Interesse unserer Absicherung, unserer Energieabsicherung hier einen hervorragenden Job gemacht, was man bisher erkennen kann und was in der weiteren Entwicklung wohl auch erwartet werden darf. Die schnell reagierenden Gaskraftwerke sind erforderlich, um Schwankungen im Netz auszugleichen. Das gestehen Sie noch zu. Jetzt wollen Sie aber Daumenschrauben anlegen, die letztlich der Verbraucher irgendwie dann auch abfedern muss. Aber wir müssen doch froh sein darüber, dass immer mehr Windräder und Photovoltaik in dieses Stromnetz einspeisen. Und dann brauchen wir eben diese Technik, um das sauber abfangen zu können, und mit solchen Kurz- und Mittellastkraftwerken schaffen wir das.

Die CDU sagt, dass ein solches Kraftwerk in Karlsruhe stehen sollte, muss, um den Strombedarf eines Oberzentrums, aber auch vor allem der gesamten Region abzudecken. Da haben wir Verantwortung nicht nur für den städtischen Klimaschutz und das Programm, das wir da irgendwo im Haushalt nachher irgendwann verabschieden, sondern wir haben eine gesamtstaatliche Verantwortung und insbesondere auch für diese Region. Solange wir Strom noch nicht effektiv speichern können, ist dieses Kraftwerk einfach die einzig richtige Entwicklung. Sobald dann auch Wasserstoff in bezahlbaren Mengen verfügbar ist, ist das natürlich eine gute Nachricht, dass wir es eins zu eins auch mit Wasserstoff betreiben können. Der Herr Bürgermeister hat völlig zu Recht gesagt, es ist sehr erfreulich, dass Karlsruhe an dieses Wasserstoffnetz jetzt angeschlossen ist. Das ist noch gar nicht so lange so Realität.

Die Ideen, den Betrieb eines solchen Kraftwerkes auf bestimmte Stundenzahlen zu begrenzen oder anderes zu beschränken, lehnt die CDU ab. Entscheidend ist, dass das Projekt schon aus wirtschaftlichen Gründen so lange betrieben werden muss, solange eben grüner Strom nicht in der abgerufenen Menge vorhanden ist. Strom kommt auch zukünftig, liebe GRÜNE, nicht einfach aus der Steckdose.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Die SPD-Fraktion bekennt sich grundsätzlich zu den Zielen des Klimaschutzes. Nichtsdestotrotz bin ich inhaltlich mehr beim Kollegen Pfannkuch. Das hier dargestellte RDK9 ist mit einem Effizienzgrad von 60 Prozent sozusagen heißer Scheiß. Also das ist wirklich das Optimum, was man in dem Bereich herausholen kann. Die Realität ist nun einmal im Augenblick so, dass wir auch im Hinblick auf erneuerbare Energien momentan die Last nicht stemmen können. Das heißt, wir brauchen ein adäquates Kraftwerk und das RDK9. Auch mit dem Verhandlungspartner EnBW an unserer Seite bietet es für unsere Region eine Chance. Auch die Perspektive, irgendwann auf Wasserstoff umrüsten zu können, ist das Optimum, das Beste, was unserer Region passieren kann.

Nach dem St. Florians-Prinzip funktioniert die Welt nicht. An irgendeiner Stelle muss ein entsprechendes Kraftwerk gebaut werden. An irgendeiner Stelle müssen wir die entsprechenden Ressourcen schaffen. Es steht bislang noch gar nicht fest, ob Karlsruhe überhaupt zum Zuge kommt. Ich bin da beim Herrn Bürgermeister. Es ist für Karlsruhe eine Chance, und das Leben ist nun mal so. Es ist auch mit Risiken behaftet. In Summe gehen wir vollumfänglich mit der Vorlage der Verwaltung mit. Wir sehen hier auch, wie schon gesagt, mit EnBW einen vertrauensvollen Partner an unserer Seite. Die wesentlichen Inhalte sind in dem Letter of Intent auch festgeschrieben, und wir sehen da auch entsprechend noch Verhandlungsspielräume.

Die Verwaltung hat es in der Antwort zum Ergänzungsantrag der GRÜNEN auch so formuliert, dass man die Themen mitnimmt. Wir sehen da auf beiden Seiten der Verhandlungspartner auch entsprechende Möglichkeiten und hoffen, dass möglichst zeitnah die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden, auch hier im Haus gefasst werden, damit Karlsruhe eine Chance hat und die Verantwortung für die Region. Und es ist nicht nur die Verantwortung für die Region, es ist die Verantwortung für Baden-Württemberg, es ist die Verantwortung für unser Land.

Stadtrat Dr. Lenz (AfD): Das RDK9 soll auf Teilen der Kohlehalde des RDK8 errichtet werden. Das RDK8 wurde erst im Jahr 2014 in Betrieb genommen und ist damit ein relativ modernes Kraftwerk, das zuverlässig Strom und vor allen Dingen Fernwärme liefert. Die wirtschaftliche Vernunft gebietet in Zeiten knapper Kassen, dass es noch möglichst lange weiter betrieben wird, denn ein noch nicht abgeschriebenes Kraftwerk möglicherweise schon ab 2028 stillzulegen, ist wirtschaftlich nicht sinnvoll.

Die Stadt Karlsruhe ist bekanntlich indirekt Aktionär bei der EnBW und damit auch wirtschaftlich betroffen. Ein Gaskraftwerk nur zur Abfederung von Spitzenlasten zu betreiben, nachdem ein noch nicht abgeschriebenes Kohlekraftwerk stillgelegt wurde, das macht wirtschaftlich keinen Sinn, dazu sagen wir nein. Die Option des Wasserstoffbetriebs ab 2035 setzt enorme technologische Innovationen voraus. Niemand von uns besitzt eine Glaskugel, in der zuverlässig die Zukunft eingesehen werden kann und deshalb Zeitpläne zum Einstieg in die Wasserstoffnutzung im RDK für uns ziemlich utopisch sind.

Technisch halten wir das für kritisch. Ich sage nur das Thema Wasserstoffversprödung. Derzeit ist die Produktion von Wasserstoff aus Wasser durch Elektrolyse mit hohen Energieverlusten verbunden. Das kennt man, mehr als 30 Prozent des eingesetzten Stroms verpufft. Der Rest ist dann quasi in dem H₂-Molekül gespeichert, um später unter hohen Energieverlusten wieder in Strom verwandelt zu werden. Den Wasserstoff nur aus nicht benötigten regenerativ erzeugtem Flatterstrom zu erzeugen, das scheint ebenfalls nicht praktikabel, denn man kann nicht die Elektrolyseanlage je nach Angebot des überschüssigen Stroms an- oder abschalten.

Der Import, zu guter Letzt, von Wasserstoff von anderen Kontinenten, wo im Überfluss eben Photovoltaikstrom zur Verfügung steht, der RWE denkt zum Beispiel über Wasserstoff aus Namibia nach, führt zu einem enormen zusätzlichen Aufwand. Man muss das verflüssigen, man muss das umwandeln in Ammoniak, man muss es vom Tanker, vom Südatlantik hierhin transportieren, dann muss man den Ammoniak wieder spalten in Wasserstoff und Stickstoff und dann die ganze Sache ins Gaskraftwerk per Pipeline transportieren. Das

klingt nicht nur komplex und umständlich, das ist nicht nur Utopie, das ist einfach eine reine Energieverschwendung. Wir werden den Antrag aus den Gründen ablehnen.

Stadträtin Lorenz (FDP/FW): Wenn man das so hört, glaube ich, dass wir alle das Gleiche wollen. Wir wollen alle Klimaneutralität und auch möglichst schnell. Also so hört sich das zumindest in den Redebeiträgen. tragen an. Alleine der Weg, wie wir dahin kommen, da gehen die Meinungen doch deutlich auseinander. Wir befinden uns im Übergang zur Klimaneutralität und müssen die Rahmenbedingungen für ein tragfähiges Gesamtkonzept so setzen, dass die Versorgungssicherheit durch eine klare Kraftwerkstrategie und den synchronen Ausbau erneuerbarer Energien mit dem Netzausbau gewährleistet ist und gleichzeitig bezahlbare Preise für Industrie und Verbraucher gewährleisten.

Fortschritt besteht nicht in der Verbesserung dessen, was war, sondern in der Ausrichtung auf das, was sein wird. Und genau das machen wir mit dem RDK9. Wir schaffen Strukturen im Übergang zur Klimaneutralität, die es uns erlauben, auf Wasserstoff umzusteigen und bei Spitzenlasten dieses Kraftwerk anzuwerfen, denn ich wollte mal sehen, wenn wir einen Blackout haben, wer dann als Erstes schreit. Ich kann auch die Intention der GRÜNEN nicht ganz nachvollziehen, weil ein Letter of Intent, da sind viele Wenn-Danns drin, und es ist in der Juristerei nachher so, wir können viel vereinbaren, und wenn dann nachher kein Wasserstoff da ist, dann kann die EnBW auch keinen verarbeiten, das ist ganz einfach. Und wenn er da ist, verfügbar ist in genügend ausreichender Menge, dann wird sie auch umstellen. Also von daher, diese Reiterei jetzt auf einzelnen Sätzen und einzelnen Willensbekundungen kann ich nicht sogar als nachvollziehen.

Wir werden den Änderungsantrag ablehnen und stimmen der Beschlussvorlage so zu.

Stadträtin Kaufmann (Die Linke): Angesichts der Klimakrise ist es ein fatales Zeichen, weiterhin auf fossile Energieerzeugung zu setzen. Deshalb ist für uns als Linke klar, ein neues Gaskraftwerk in Karlsruhe ist politisch nicht sinnvoll und auch nicht notwendig. Perspektivisch wäre ein Betrieb mit grünem Wasserstoff nur möglich durch eine aufwendige Umrüstung. Die Umstellung von Erdgas auf den sogenannten grünen Wasserstoff soll nach dem Entwurf der Stadtverwaltung ab dem 1.1.2035 nur dann stattfinden, wenn grüner Wasserstoff zu diesem Zeitpunkt nicht teurer ist als Erdgas. Da können wir uns alle fragen, wie realistisch das ist. Und es bleibt zu befürchten, dass dann zunächst blauer Wasserstoff eingesetzt wird, der durch fossile Energien produziert wird, dessen Gesamteffizienz sogar noch deutlich unter Erdgas liegt, aufgrund dieser Energieumwandlung.

Selbst wenn es dann irgendwann verfügbaren grünen Wasserstoff geben würde, sollte dieser prioritär für andere Verwendungen in der Chemie- und Stahlindustrie genutzt werden. Wir würden uns viel eher wünschen, dass man zukunftsfähige alternative Maßnahmen zur Balancierung schwankender Strommengen und der Spitzenlastdeckung als Stadt unterstützen würde. Hierzu gehören für uns der Ausbau der Netzinfrastrukturen und zur effektiveren Nutzung der Lastspitzen erneuerbarer Energien, sowie ein verstärkter Einsatz von technologisch ausgereiften Energiespeicherkonzepten wie Lithium-Ionen oder Redox-Flow-Batterien.

Leider hat sich eine Mehrheit dieses Hauses aber bereits für die Unterstützung des RDK-Vorhabens ausgesprochen. Wenn es jetzt wirklich keinen Weg mehr zurück gibt, sollte es verbindliche Regelungen und Umweltauflagen für das Vorhaben geben. Deshalb begrüßen

wir sehr den Änderungsantrag der GRÜNEN-Fraktion zur Ergänzung des Lols mit Vorgaben der Klimaneutralität, der Kompensation und Beschränkung des Betriebs für die reine Abdeckung von Spitzenlasten, solange noch Erdgas genutzt wird. Diesem werden wir zustimmen, dem Gesamtvorhaben und dem Entwurf der Stadt aus den oben genannten Gründen aber nicht.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Die Frage ist natürlich, die große Frage, wann der Wasserstoff wirklich in Karlsruhe sein wird. Wir beklagen das, dass vonseiten der Bundesregierung, egal welchen Couleurs, kaum Fortschritte erzielt worden sind in den letzten Jahren, wo das mit Nachdruck wirklich verfolgt wurde. Wenn die EnBW tatsächlich eine Milliarde investiert, und das ist meine Frage zu der Frage mit dem Spitzenlast, wenn die das investieren, dann bauen die niemals ein Kraftwerk auf Spitzenlast, sondern auf Mittellast. Das macht keinen Sinn, so ein großes Werk für eine Milliarde zu bauen, wenn man nur Spitzenlast fährt. Deswegen, entweder bauen sie es oder sie bauen es nicht. Unter der Voraussetzung muss ich sagen, ist es mir lieber, sie bauen es, unter deutlich besseren Voraussetzungen für das Klima und unter deutlich besseren Voraussetzungen für die Wirtschaftlichkeit auch, was auch ein Faktor ist.

Dann die zweite Frage, der Zusatzartikel bei dem GRÜNEN-Änderungsantrag, da war die Frage mit dem grünen Wasserstoff. Und zwar, wenn es weißen Wasserstoff gibt, der ist genauso gut wie der grüne Wasserstoff, also auf die Dinge wird nicht eingegangen. Selbst wenn es blauer Wasserstoff ist, ist es für eine Übergangszeit besser, als dass die Kohle läuft. Insofern muss ich sagen, es ist besser, wir nehmen den Vertrag so an, wie er ist und vertrauen nicht auf irgendwas, was sein könnte und nicht realistisch ist.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich will noch einmal versuchen, die Rolle, in der wir uns befinden, herauszuarbeiten. Wir haben einen Kraftwerkstandort, und wäre der von der Bebauungsplanung her so, dass die EnBW im Rahmen des derzeitigen Bebauungsplans einfach so ein Kraftwerk errichten könnte, hätten wir überhaupt keine großen Möglichkeiten, da irgendwas mitzugestalten. Und ich glaube, wir sind auch durchaus gar nicht unfroh, dass wir einen Kraftwerkstandort haben, denn wir können zum Beispiel die Abwärme nutzen, um bei uns dann über Kraft-Wärme-Kopplung das Ding auf der einen Seite effizienter und unsere Fernwärme damit auf der anderen Seite aber auch zukunftsfähiger zu machen.

Jetzt kann die EnBW aber nicht einfach dort bauen, weil sie das Gelände im Rahmen der derzeitigen Planungsmöglichkeiten dort vor Ort im Bebauungsplan nicht so hat und ist auf unsere Akzeptanz angewiesen, eine Bebauungsplanänderung vorzunehmen. Das können wir nutzen, um über einen städtebaulichen Vertrag unsere Interessen als Stadt Karlsruhe vertreten und auch unser Klimaschutzkonzept dort versuchen zu realisieren. Wenn es am Ende aber dazu führt, dass das Vorhaben der EnBW nicht konkurrenzfähig ist mit den vielen anderen Standorten, die sich um diese Bundesunterstützung für diese zukünftigen Kraftwerke bemühen, die dann mithalten können, oder wenn es sogar das Bauvorhaben so belastet, dass am Ende das betriebswirtschaftlich gar nicht mehr darstellbar ist, haben wir weder was für die Stadt Karlsruhe noch für den Klimaschutz gewonnen. Dann wird es einfach in einer ganz anderen Form irgendwo anders in der Bundesrepublik realisiert.

Umgekehrt kann ich Ihnen völlig folgen, Frau Dr. Klingert, dass das, was Sie vorschlagen, die logische Konsequenz aus unserem Klimaschutzkonzept ist. Nur wir müssen in der Mitte einen Weg finden, der uns offen zeigt, unseren Kraftwerkstandort zu erhalten, der

gleichzeitig versucht, durch die Möglichkeiten, die wir mit dieser Bebauungsplangeschichte und dem damit verbundenen städtebaulichen Vertrag haben, maximal zu nutzen, ohne das Vorhaben aber am Ende von vornherein zu verunmöglichen. Und da gibt es hier sehr unterschiedliche Vorstellungen. Wenn man Ihnen zuhört, Frau Stadträtin Dr. Klingert, hat man manchmal den Eindruck, die stehen bettelnd vor der Tür und sagen, bitte lasst alles zu, wir sind bereit, alles zu machen. Und um Sie wörtlich zu zitieren, es ist am Ende halt eine betriebswirtschaftliche Herausforderung. Wenn die betriebswirtschaftliche Herausforderung am Ende ist, dass den Strom dort keiner abnimmt, weil er nicht bezahlbar ist oder das Unternehmen von vornherein sagt, dann investieren wir die Milliarde lieber woanders, dann haben wir am Ende auch nichts davon.

Deswegen könnte ich gut damit leben, wenn Sie sagen, das, was in Ihrem Antrag steht, nehmen Sie das bitte mit in die Verhandlungen mit der EnBW. So, wie Sie es formulieren und mit dem Begriff Ziele, ist es aber im Grunde schon, so habe ich es wahrgenommen, so eine Art Bedingung sine qua non, und darauf können wir uns nicht einlassen, weil wir damit nach meiner Einschätzung die Tür von vornherein zuschlagen. Deswegen ist unsere Stellungnahme ein bisschen harscher ausgefallen, als Sie es vielleicht sonst von mir gewohnt sind, weil wir erst einmal ein Stück weit den rechtlichen Rahmen klarstellen mussten. Wenn Sie die Verfolgung von Zielen, und da steht konsequent, das klingt ja so wie absolut, wenn Sie das aber so definieren, dass das im Grunde die Maximalforderungen wären, um unser Klimaschutzkonzept umzusetzen, dass wir aber am Ende gemeinsam das Ziel definieren, dass wir den Kraftwerkstandort in Karlsruhe erhalten wollen, mit einem letztlich wasserstofffähigen Kraftwerk, dann könnte ich mich da wieder gut drauf einlassen. Im anderen Fall muss ich empfehlen, Ihren Antrag abzulehnen, auch wenn ich große Sympathie für die Ziele habe, aber sehe, dass wir uns damit an der Stelle in eine möglicherweise nicht realistische Verhandlungspositionen begeben, die von vornherein den Kraftwerkstandort gefährdet und alles, was hinten dran hängt, Anlaufmöglichkeiten bei Blackout, Kraft-Wärme-Auskopplung. Man wird sich auch fragen, ob wir dann diese Wasserstoff-Pipeline überhaupt brauchen, wenn wir außer der MiRO eigentlich niemanden haben, der das in großer Menge abnehmen wird und, und, und. Wir können hier nicht bundespolitische ungünstige Entwicklungen auffangen über einen städtebaulichen Vertrag, wenn am Ende niemand mehr da ist, der mit uns diesen städtebaulichen Vertrag abschließen will.

Das ist im Moment mein Dilemma an der Stelle. Wenn Sie das als fest definierte Ziele hier einbringen wollen und verbunden mit der Erwartungshaltung, dass dem die EnBW im Rahmen ihrer betriebswirtschaftlichen Herausforderung zustimmt, dann kann ich da nicht mehr mitgehen, wenn Sie sagen, das ist die Zieldefinition, die sich aus Ihrer Sicht durch unser Klimaschutzkonzept ergibt und wir gucken, wie weit wir dann kommen, ohne das Bauprojekt zu gefährden, dann hätte sich der Antrag erledigt. So ist es auch zu verstehen, was wir hier in unserer Stellungnahme formuliert haben.

Das ist nochmal so ein bisschen das Auffächern, wo wir uns im Moment aus meiner Sicht gerade bewegen. Wir erleben durchaus auch, und ich sage mal, Herr Habeck ist jetzt nicht gerade als Klimaschutzgegner verschrien, dass auch die Ampel vorher sich zur Notwendigkeit übergangstechnischer Gaskraftwerke geäußert hat. Ich kann auch nicht die EnBW zwingen, am Ende grünen Wasserstoff zu verfeuern, der es so unwirtschaftlich macht oder der überhaupt nicht da ist. Also wir müssen bestimmte Dinge schon auch ein Stück weit der betriebswirtschaftlichen Sinnhaftigkeit überlassen, von der wir heute noch nicht wissen, wie sie 2031, 2033 oder 2035 aussieht. Insofern können wir die Dinge nicht so hart

formulieren, wie sie vielleicht wünschenswert wären. Ich habe lieber am Ende einen Kraftwerkstandort in Karlsruhe erhalten mit den Vorteilen und auch mit der Chance, über einen städtebaulichen Vertrag doch noch mehr zu erreichen, als wenn anderswo es einfach auf einem Kraftwerksgelände möglich wäre und nur das dortige Regierungspräsidium sich um Emissionsschutz und so einen Krempel kümmern muss, aber nicht mit den Möglichkeiten, die wir hier haben.

Insofern wäre meine dringende Bitte, dass Sie uns den Verhandlungsweg offen halten, dass wir gerne diese Dinge alle noch weiter berücksichtigen. Der städtebauliche Vertrag wird Ihnen auch noch einmal vorgelegt, und da können Sie dann endgültig sagen, wir machen es oder wir machen es nicht. Im Koalitionsausschuss der Bundesregierung ist angekündigt, dass man spätestens 2027 für alle zukünftigen Projekte die Regeln festgesetzt haben will und durchaus schon vorher entsprechend mit der ersten Tranche oder einer ersten Tranche hier in die Ausschreibung geht. Bis dahin sind wir vielleicht auch gerade mal so weit, also ich kann es nicht einschätzen, wie lange wir brauchen, aber lassen Sie uns bitte die Verhandlungen weiterführen, lassen Sie uns nicht die durch zu festgelegte Ziele von vornherein zu sehr erschweren, und lassen Sie uns vor allem die Optionen offen, dass wir einen Kraftwerkstandort Karlsruhe erhalten können und dass wir jetzt so schnell von der Kohle runtergehen und dann trotzdem ein Stück weit hier einen Kraftwerkstandort erhalten können, der dann übrigens wasserstofffähiger ist als viele andere Standorte, das ist erst einmal auch durchaus als Vorteil zu betrachten.

Ich sage es einmal so etwas plump, wenn am Ende die, die gar keine Dekarbonisierung wollen, mit denen, die noch mehr Klimaschutz wollen, am Ende den Kraftwerkstandort hier niederstimmen, dann haben wir alle nichts davon. Deswegen bitte ich an der Stelle um das Vertrauen in uns, aber nicht um zu feste Festlegungen, die uns am Ende im Grunde aus dem ganzen Wettbewerb rauskegeln. Damit haben wir am Ende wirklich nichts erreicht. Das vielleicht noch als meinen Versuch.

Stadträtin Dr. Klingert (GRÜNE): Ich würde um kurze Unterbrechung bitten, drei Minuten.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Fünf Minuten, drei Minuten, nein, sagen wir mal fünf, okay?

Stadträtin Dr. Klingert (GRÜNE): Okay, danke.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:55 bis 17:59 Uhr)

Der Vorsitzende: Wir können die unterbrochene Sitzung fortsetzen. Ich würde mich bereit erklären, im Sinne der Umsetzung des Karlsruher Klimaschutzkonzepts die hier vorgegebenen Ausführungen in den Verhandlungen eben entsprechend zu vertreten und anzustreben als Ziel. Uns ist aber allen klar, das sage ich auch dazu, dass wir betriebswirtschaftliche Aspekte und all diese Dinge am Ende berücksichtigen müssen. Das kann ich abschließend nicht beurteilen. Wenn das für die GRÜNE-Fraktion so okay wäre, dann würde ich das so vertreten, und dann würde es aber nur Sinn machen, wenn wir dann den Antrag damit zunächst als erledigt betrachten. Ist das okay? - Ihr nickt.

Dann können wir jetzt mit dieser ergänzenden Klarstellung und auch Aufgabenübertragung die Beschlussvorlage der Verwaltung hier zur Abstimmung stellen, und ich bitte um Ihr entsprechendes Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
11. Dezember 2025